

Beschluss

### **Lokal und global: Fluchtursachen angehen statt Symptome bekämpfen**

Über 60 Millionen Menschen sind weltweit durch Krieg, Verfolgung, Klimawandel und existenzielle Not gezwungen, ihre bisherige Heimat zu verlassen. Die große Mehrheit davon flieht innerhalb des eigenen Landes oder sucht in Ländern Zuflucht, die von unserem Wohlstand nur träumen können. Nur ein kleiner Prozentsatz der Flüchtlinge erreicht Europa. Der Anstieg der Flüchtlingszahlen im Jahr 2014 war größer als je zuvor, begründet vor allem in dem syrischen Konflikt in unmittelbarer Nachbarschaft Europas. Gleichzeitig war die Zahl der Menschen, die nach einer Flucht in ihre Herkunftsländer zurückkehren konnten, so gering wie seit über 30 Jahren nicht mehr. Diese humanitäre Tragödie erfordert eine große humanitäre und politische Anstrengung der Weltgemeinschaft zur gemeinsamen Bewältigung der Situation. Deswegen muss der Bund jetzt mit dem überwältigenden Engagement der Menschen in diesem Land gleichziehen: Die Bundesregierung muss nachhaltige Strukturen schaffen; innenpolitisch, aber auch außenpolitisch. Denn die neuen Ausmaße von Vertreibung und Flucht zeigen, dass Innen- und Außenpolitik heute weniger denn je voneinander getrennt werden können. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern deshalb von Deutschland und der EU, in dieser Frage mit gutem und entschlossenem Beispiel voran zu gehen: für Vielfalt, Humanität und Menschenrechte. Wir freuen uns, dass so viele Bürgerinnen und Bürger dieses Land die Ankommenden willkommen heißen und klar zeigen, dass Rassismus und andere menschenfeindlichen Ideologien in Deutschland keinen Platz haben.

In den Herkunftsländern und deren Nachbarregionen ist die humanitäre Situation oft katastrophal. Doch diese Not ist nicht etwa weit weg oder geht uns hier in Europa nichts an. Ganz im Gegenteil: Wir sind in Ursache und Folge direkt davon betroffen und Europa muss sich in dieser Situation als Wertegemeinschaft beweisen. Denn die Zahl der Menschen, die dazu gezwungen sind, ihre bisherige Heimat zu verlassen, wird in den kommenden Monaten eher noch weiter steigen - durch eskalierende Kriege in Syrien, im Irak, in Libyen oder im Jemen, durch die von der Öffentlichkeit fast vergessenen gewaltsamen Konflikte in der Zentralafrikanischen Republik, in Afghanistan, im Südsudan, in Mali und Burundi, in Somalia, in Nigeria und im Kongo, durch die menschenrechtsverachtende Politik von Regimen wie dem in Eritrea, durch Ausgrenzung und Ghettosierung von Roma auf dem Westbalkan, der anhaltenden politischen Verfolgung in Ruanda oder auch durch die anhaltende Zerstörung von Lebensgrundlagen in Westafrika, in Südasiens oder im Pazifik. Und sollten Ende des Jahres in Paris beim Weltklimagipfel die Staats- und Regierungschefs die Weichen nicht endlich hin zu einer international verbindlichen Klimapolitik stellen, werden dauerhaft sogar noch weit mehr Menschen gezwungen sein, ihre bisherige Heimat zu verlassen. Bereits jetzt sind nach Schätzungen des UN-Flüchtlingshilfswerks ca. die Hälfte aller Binnenvertriebenen auf Grund von Klimawandel oder Verschlechterung ihrer ökologischen Lebensgrundlagen unterwegs.

Die Zunahme der Migration ist auch eine Folge der Globalisierung, von der bislang vor allem die Reichen profitiert haben. Das Problem ist dabei nicht, dass Menschen sich auf den Weg machen,

sondern, dass Armut, Krieg und Terror, Umweltkatastrophen, Diskriminierung und politische Verfolgung sie dazu zwingen. Diese Herausforderungen lassen sich weder mit höheren Zäunen, noch mit Patrouillenbooten lösen. Sie sind das Ergebnis vielschichtiger politischer Prozesse, die nur bedingt steuerbar sind.

Migration als solche ist zunächst ein historischer Normalfall, der viel innovatives Potenzial birgt und nicht per se als Problem betrachtet werden darf. GRÜNE treten deshalb dafür ein, es zum Ziel deutscher und europäischer Politik zu machen, dass Menschen selbstbestimmt migrieren können und eben nicht dazu gezwungen sind, ihre bisherige Heimat zu verlassen.

Die katastrophale globale Lage ist auch die Folge konkreter politischer Fehlentscheidungen, wie der Irak-Krieg 2003 oder die Mandatsüberdehnung in Libyen 2011. Kriegerische Auseinandersetzungen wie in Südsudan oder mit Boko Haram in Nordnigeria belegen gleichzeitig die große Unsicherheit, die von fragilen Staaten ausgeht. Die Ursachen dafür sind komplex und es gibt keine einfachen Lösungen. Die Industriestaaten haben jedoch eine Mitverantwortung für strukturelle Fehlentwicklungen sowohl im globalen Wirtschaftssystem als auch in der internationalen Politik. Diese Fehlentwicklungen tragen ihrerseits zu den tieferliegenden Konfliktursachen bei.

Insbesondere Europa trägt durch seine einseitig und eng definierte Interessenpolitik vor allem in den Bereichen Wirtschaft und Sicherheit, durch seine Anhängigkeit von fossilen Brennstoffen, durch seine fehlgeleitete Rüstungs-, Handels-, Steuer-, Fischerei-, Agrar- oder Rohstoff-Politik sowie durch seine gebrochenen Versprechen im Bereich Globale Gerechtigkeit und Klimaschutz eine große Mitverantwortung dafür, dass so viele Menschen gezwungen sind, ihre bisherige Heimat zu verlassen. Es braucht daher in Europa, aber auch in Deutschland eine grundlegend andere Politik in allen Politikfeldern. Diese Veränderungen werden jedoch ihre Zeit brauchen.

Als ersten Schritt wollen wir GRÜNE deshalb alle Waffenlieferungen in Krisengebiete, an Aggressoren und menschenverachtende Regimes wie Saudi-Arabien oder Katar einstellen und bei der neuen europäischen Handelsstrategie darauf drängen, dass Handelspolitik künftig auf Fairness und auf den neuen Nachhaltigkeitsziele der UN beruht, statt ihnen wie bisher entgegen zu laufen.

Der Versuch, Fluchtbewegungen anhand von Grenzschutz- oder Visaregime zu steuern, bekämpft nur die Symptome, anstatt die Fluchtursachen anzugehen. Flüchtlings- und andere Migrationsbewegungen lassen sich wegen der ihnen zu Grunde liegenden gravierenden Ereignisse und der tiefsitzenden strukturellen Ungleichheiten nur sehr begrenzt steuern. Die Mission EUNAVOR MED und den Übergang von der Seenotrettung zur aktiven Schlepperbekämpfung lehnen wir als gefährlichen Irrweg hin zu einer Militarisierung der Flüchtlingsabwehr ab. Eine wirksame Maßnahme gegen Schlepper wäre vielmehr die Schaffung legaler Zugangswege in die EU.

Es ist ein Skandal, dass die humanitären Bedarfe der UN weltweit zu über 57 Prozent unterfinanziert sind und das Welternährungsprogramm in weiten Teilen seine Unterstützung für syrische Flüchtlinge einstellen musste. Die Unterstützung von Flüchtlingen in Aufnahme- und Transitstaaten außerhalb der EU ist unser aller humanitäre Pflicht und muss durch große zusätzliche Mittelanstrengungen gewährleistet werden. Sie darf aber nicht als Gegenleistung für weitere Abschottung missbraucht werden, wie es die EU derzeit gegenüber der Türkei versucht. Humanitäre Hilfe und Entwicklungspolitik dürfen keine politischen Werkzeuge sein, um die Mauern und Zäune um Europa zu erhöhen.

Wir GRÜNE kritisieren aber ebenso scharf, dass EU und Bundesregierung anhand von Maßnahmen der Entwicklungspolitik und der Humanitären Hilfe den Eindruck erzeugen wollen, damit würden Fluchtursachen bekämpft. Wir sollten die Gefahr sehr ernst nehmen, dass durch die Umleitung von Mitteln der Entwicklungszusammenarbeit aus anderen Ländern und Projekten nicht die Fluchtgründe von morgen schaffen.

Fluchtursachen müssen jetzt dringend und ehrlich in den Fokus der Politik rücken. Dafür braucht es aber zunächst eine kritische Analyse der sehr unterschiedlichen Gründe, die Menschen dazu zwingen, ihre bisherige Heimat zu verlassen, genauso wie der Verantwortung Deutschlands und der EU für die Fluchtursachen:

- Die internationale Diplomatie hat bei Krieg und Unterdrückung in den letzten Jahren zu oft versagt, indem zivile Krisenprävention und -bearbeitung sowie die UN als Friedensarena nicht ausreichend gestärkt und Menschenrechte nicht als Leitfaden des politischen Handelns ernst genommen wurden.
- Bei Diskriminierung und Ausgrenzung als Fluchtursache wurde der Schutz von Minderheiten, wie bspw. der Roma, zu lange vernachlässigt und auch innerhalb Europas haben wir unsere Verantwortung im Kampf gegen Rassismus, Antiziganismus und Diskriminierung nicht ausreichend ernst genommen.
- Beim Thema Armut und Zukunftslosigkeit verschließt die Bundesregierung nach wie vor die Augen vor den Strukturen unseres Wirtschaftens und unseres Konsums, welche eine gerechte globale Entwicklung verhindern. Auch bricht sie Jahr für Jahr das internationale Versprechen, 0,7 Prozent der Wirtschaftsleistung für Entwicklungszusammenarbeit zu verwenden.
- Bei der Bekämpfung der Klimakrise ist die internationale Gemeinschaft noch weit davon entfernt, die Erderwärmung tatsächlich auf höchstens 2 Grad zu begrenzen und tut insgesamt viel zu wenig, um die verletzlichsten Staaten bei der Anpassung zu unterstützen.

Statt wie die Bundesregierung auf die aktuelle Krise viel zu spät zu reagieren und nur ein wenig an den Symptomen herum zu doktern, fordern wir GRÜNE bei der Bearbeitung von Fluchtursachen ein aktives Engagement in acht konkreten Handlungsfeldern:

- massive Anstrengungen zur politischen Beilegung der weltweiten Konflikte durch Diplomatie für Menschenrechte und Zivile Krisenprävention und –bearbeitung sowie durch den Stopp von Rüstungsexporten in Krisengebiete und an Diktatoren;
- endlich entschiedenes Umsteuern in Europa, um die strukturellen, negativen Folgen unseres Wirtschaftens für andere Weltregionen abzustellen und die Klimakrise einzudämmen;
- das Klima schützen, die ärmsten Staaten bei der Anpassung entschieden unterstützen und Klimaflucht rechtlich anerkennen;
- die Erfüllung der Versprechen bei der Entwicklungs- und Klimafinanzierung zur Unterstützung der ärmsten und fragilen Staaten;
- eine humanitäre Unterstützung von Aufnahme- und Transitländern bei der Unterbringung und Versorgung sowie bei der Stabilisierung und der Integration der Geflüchteten in die Gesellschaft;
- die stärkere Verschränkung von Entwicklungs- und Migrationspolitik, die Schaffung von legalen Flucht- und Migrationsmöglichkeiten und die Anerkennung der zunehmenden internationalen Mobilität als Realität und Chance. Die Hürden für die Ein-, Weiter- und Rückwanderung müssen abgebaut werden, etwa durch die Ermöglichung mehrfacher Staatsangehörigkeiten, die Ausweitung der Portabilität sozialversicherungsrechtlicher Ansprüche und die Gewährleistung, dass einmal erlangte Aufenthaltsrechte nicht infolge der Ausreise wieder erlöschen;
- einen besseren Schutz und die Anerkennung nationaler Minderheiten – sowohl innerhalb der EU, beispielsweise über eine konsequente Umsetzung der EU-Roma-Strategie, als

auch in den EU-Außenbeziehungen, unter anderem durch eine deutliche Menschenrechtssagenda im Rahmen der EU-Beitrittsverhandlungen mit Staaten des westlichen Balkan;

- eine Stärkung der multilateralen Kooperation – vor allem im Rahmen der Vereinten Nationen – bei der Festsetzung globaler Maßnahmen und Regeln für mehr globale Gerechtigkeit und Klimaschutz.

Während die Bundesregierung und die anderen EU-Mitgliedsstaaten derzeit jedoch Abschottung und das Bekämpfen von Symptomen betreiben, setzen wir GRÜNE auf fundierte Antworten in jedem dieser acht Bereiche:

### **1. Konflikte politisch beilegen durch Diplomatie für Menschenrechte und Zivile Krisenprävention und –bearbeitung – Rüstungsexporten in Krisengebiete und an Diktatoren stoppen**

Menschen begeben sich nur dann auf die Flucht, wenn ihre Lebenssituation unerträglich wird. Die Internationale Gemeinschaft hat es jedoch in den letzten Jahren selten geschafft gewaltsame Konflikte zu befrieden und Stabilität und Frieden zu schaffen. Viele fliehen aus dem vom Bürgerkrieg zerstörten Syrien. Aber auch Länder wie Afghanistan, Somalia, Sudan oder die Region der Großen Seen Afrikas gehören bereits seit 35 Jahren zu den Ländern, aus denen ebenfalls Millionen Menschen fliehen. Dass 2014 so wenige Vertriebene wie seit drei Jahrzehnten nicht mehr zurückkehren konnten und gleichzeitig 42.500 Menschen täglich zu Vertriebenen wurden, macht deutlich, dass weite Teile der Welt sich im Krieg und in einer Eskalationsspirale befinden. Auch die nach wie vor ungeklärte Situation in der Ukraine, sowie die komplexe Lage in Syrien führen uns dies täglich vor Augen. Deswegen ist es notwendig, dass Europa gemeinsam mit den USA und unter Einbeziehung Russlands, des Irans, Saudi-Aubiens und der Türkei sowie weiterer Staaten der Region einen neuen Friedensprozess für Syriens anstößt und massiv vorantreibt. Aber Syrien wird auf Dauer nur Frieden finden können, wenn es nicht länger von Assad regiert wird, vor dem Hunderttausende auf der Flucht sind. Wir GRÜNE fordern ein deutlich stärkeres internationales Engagement, das konsequent an den Menschenrechten und am geltenden Völkerrecht ausgerichtet und durch präventives und kohärentes Handeln in allen Politikbereichen und auf verschiedenen Ebenen geprägt ist. Ein solches Engagement darf Diktatoren nicht bei Menschenrechtsverletzungen unterstützen. Regierungen, die darauf abzielen Meinungs- und Versammlungsfreiheit zu unterbinden, oppositionelle Politiker\*innen zu unterdrücken, unabhängiger Presse und Zivilgesellschaft das Arbeiten zu erschweren, die keine transparenten und fairen Wahlen zulassen, die Verfassungsänderungen mit dem Ziel des Machterhalts anstreben oder Menschen auf Grund ihrer konfessionellen Zugehörigkeit, ethnischer Zuschreibung sowie ihrer Weltanschauung oder auf Grund ihres Geschlechts und ihrer sexuellen Identität diskriminieren, müssen scharf kritisiert und dürfen dabei nicht unterstützt werden.

Bisher setzen EU und Bundesregierung im Angesicht von Krisen und Umbruchsprozessen aber auf plakative und kurzsichtige Politik. In Ägypten beispielsweise unterstützen die Bundesregierung und viele andere europäische Staaten unter der Maßgabe der Stabilität nach einem kurzen demokratischen Aufbruch das autoritäre Regime Al-Sisis, dessen Politik radikalen IslamistInnen den Nachwuchs in die Arme treibt. Gegenüber regionalen Aggressoren wie Saudi-Arabien, das den Jemen gerade in die Steinzeit zurück bombt und bereits über 100.000 Menschen zur Flucht gezwungen hat, muss die Bundesregierung massiven Druck ausüben und vor allem alle Waffenlieferungen einstellen. Deutschland und die EU müssen zu einem globalen Akteur werden, der für eine wertebasierte internationale Friedenspolitik steht, die ganzheitlich auch Fragen der Entwicklungs-, Handels-, Geschlechter-, Klima- und Flüchtlingspolitik in den Blick nimmt und Grundsätze für unser außenpolitisches Handeln beschreibt.

Vor allem Rüstungsexporte an Diktatoren und Konfliktparteien müssen sofort gestoppt werden. Die gegenwärtige Rüstungsexportpolitik Deutschlands und vieler europäischer Verbündeter trägt ganz direkt zur Verschärfung von Konflikten bei. Besonders die jahrzehntelang betriebene,

verheerende Politik des Verkaufs von Lizenzen zur Kleinwaffenproduktion an Drittstaaten hat millionenfaches Leid verursacht. Mittlerweile hat die Bundesregierung auch offiziell eingeräumt, dass sie über den Verbleib dieser Waffen keinerlei Kontrolle hat. Viele der blutigsten Konflikte der Welt werden mit Gewehren ausgetragen, die in Deutschland entwickelt wurden. Trotzdem genehmigt die Bundesregierung noch immer den Export von Zulieferteilen für deren Produktion.

Wir fordern

- mit einem Rüstungsexportkontrollgesetz sicherzustellen, dass keine Kriegswaffen oder sonstige Rüstungsgüter aus deutscher Produktion in Kriegsgebiete oder in die Hände von Regimes gelangen, die die Menschenrechte mit Füßen treten;
- konzeptionell, finanziell und strukturell Deutschland und die EU zu einem Vorreiter für die zivile Krisenprävention zu machen, mit einem ganzheitlichen Ansatz friedens-, demokratie- und rechtsstaatsfördernder Maßnahmen;
- die Stärkung regionaler Friedensansätze unter Einbeziehung zivilgesellschaftlicher Akteure für die politische Lösung von Konflikten wie in Syrien, Afghanistan, Irak oder Libyen; Menschenrechtsschutz, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie in den außenpolitischen Beziehungen handlungsleitend zu machen, etwa bei der Neuformulierung der europäischen Nachbarschaftspolitik handlungsleitend zu machen und auch das stabilitätsstiftende Potential regionaler Entwicklung bei allen Wirtschafts- und Handelsgesprächen mit diesen Staaten zu bedenken;
- Zivilgesellschaftliche Akteure und Nicht-Regierungsorganisationen zu stärken und zu unterstützen, soweit diese sich für Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte und Entwicklung einsetzen.
- unter Berücksichtigung der UN-Resolution 1325 die Lage von Frauen in bewaffneten militärischen Konflikten zu verbessern und sie gleichberechtigt in Konfliktprävention, Friedensverhandlungen, Konfliktschlichtung und beim Wiederaufbau von Anfang an mit einzubeziehen.

## **2. In Europa umsteuern gegen Fluchtursachen und Klimakrise**

Viele Menschen sind aufgrund von Armut und Perspektivlosigkeit zur Flucht gezwungen. In Westafrika werden vielen Menschen durch die europäische Fischerei- und Agrarpolitik oder durch den europäischen Export billiger Hühnchenschenkel sowie durch die Ausbreitung der Folgen des Klimawandels die Lebensgrundlagen zerstört. Diese Menschen haben keine Zukunft im eigenen Land. Deutschland als reicher Industriestaat in der EU trägt dafür eine besondere Verantwortung. Darum muss Deutschland entschieden voran gehen bei der Umsetzung aller 17 Ziele der globalen Nachhaltigkeitsagenda 2030, um die europäische Politik zu ändern. Eine wirkliche Nachhaltigkeitsagenda kann die Welt gerechter machen. Sie ist damit auch eine aktive Fluchtursachenbekämpfung und Konfliktprävention. Hier muss Deutschland konsequenter und engagierter handeln. Dazu gibt es bislang keine Ansätze. Im Gegenteil, es liegen beispielsweise mittlerweile Afrika-Konzepte aus drei verschiedenen Bundesministerien vor, die allesamt innovative Politikansätze vermissen lassen.

Wir fordern

- eine faire europäische Handelspolitik, bei der die selbstbestimmte Entwicklung, industrielle Wertschöpfung, Ernährungssouveränität und regionale Integration in den Ländern des Südens tatsächlich unterstützt, menschenrechtliche Auswirkungen überprüft und negative menschenrechtliche Folgen vermieden werden;

- alle Politikentscheidungen, die Auswirkungen auf Drittstaaten haben, auf ihre Vereinbarkeit mit den UN Nachhaltigkeitszielen und auf Menschenrechte zu überprüfen;
- eine effektive Rechenschaftspflicht europäischer Unternehmen entlang der globalen Wertschöpfungskette für Menschenrechtsverletzungen und Umweltverschmutzungen, die sie unmittelbar oder über Tochterfirmen oder Subunternehmer verursacht haben;
- eine umwelt- und tierfreundliche Landwirtschaft und eine betriebliche Vielfalt durch eine Umschichtung der EU-Agrarsubventionen sowie das sofortige Ende aller Agrarexportsubventionen;
- die bestandsbedrohende Überfischung der Meere zu beenden und das sich Deutschland in der EU mit Nachdruck dafür einsetzt, das Fischereiabkommen mit Entwicklungsländern konsequent auf ihre ökologische und soziale Verträglichkeit und auf ihre Völkerrechtskonformität etwa Marokko/Westsahara zu prüfen;
- alle umweltschädliche Subventionen in der EU abzubauen;
- das Ende für Steueroasen in Europa und weltweit und den Einsatz der EU für stabile Finanzmärkte, unter anderem durch die Einführung einer Finanztransaktionssteuer, deren Erlöse in großen Teilen in die Entwicklungs- und Klimafinanzierung fließen sollen.

### **3. Klima und Klimaflüchtlinge besser schützen, Klimaflucht rechtlich anerkennen**

Schon heute werden jedes Jahr mehrere Millionen Menschen weltweit durch Hochwasser, Meeresspiegelanstieg, Wetterextreme, Dürren, Stürme und Hitzewellen zur Flucht gezwungen. Durch den Klimawandel drohen diese Zahlen stark anzusteigen. Auch auf gewalttätige Konflikte um Ressourcen, Lebensraum, Wasser und soziale Ungleichheit wirkt die Klimakrise wie ein Brandbeschleuniger. Wir müssen den Klimawandel als Realität akzeptieren. Deshalb ist es unsere Aufgabe, seine negativen sozialen, wirtschaftlichen und politischen Effekte auf die Stabilität von Staaten und Regionen abzumildern: Dafür braucht es verlässliche politische Institutionen inklusive der notwendigen demokratischen Kontrolle und eine Zivilgesellschaft, die Transparenz, öffentliche Diskussion und den Ausgleich zwischen unterschiedlichen gesellschaftlichen Interessengruppen herstellt. Daher müssen wir mithelfen, derartige Institutionen und Mechanismen vor allem international aufzubauen und zu stärken.

Die internationale Organisation für Migration (IOM) geht in ihren mittleren Szenarien von über 200 Millionen Klimaflüchtlingen bis 2050 aus. Die Klimakrise – deren Auslöser mehrheitlich von den Industrienationen verursacht werden – gefährdet damit die sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Rechte großer und besonders verwundbarer Bevölkerungsgruppen im globalen Süden. Zudem bedroht die Klimakrise weltweit Artenvielfalt und Ökosysteme und damit auch unser aller Lebensgrundlagen. Vorausschauend sollten wir daher umgehend eine Debatte über eine belastbare Rechtsgrundlage zur Anerkennung und zum Schutz von Klima- und Umweltflüchtlingen voran bringen.

Wir fordern

- dass die Staats- und Regierungschefs sich gemäß der Erklärung zur Agenda 2030 auf der bevorstehenden Klimakonferenz in Paris (COP 21) völkerrechtlich verbindlich zur Einhaltung des 2-, besser noch des 1,5-, Grad Ziels verpflichten;
- unverzüglich ein Klimaschutzgesetz zu verabschieden, das für die Sektoren Stromerzeugung, Verkehr, Gebäude, Landwirtschaft und Kreislaufwirtschaft bis 2050 jährliche Reduktionsziele verbindlich festlegt und die Zielerreichung absichert;

- jetzt den nationalen Kohleausstieg einzuleiten, um das nationale Klimaschutzziel einer Emissionsminderung von minus 40 Prozent bis 2020 (bezogen auf 1990) sicher zu erreichen;
- Klimaflüchtlingen einen verbesserten Schutz und Rechtssicherheit zu geben, ohne das internationale Flüchtlingsrecht aufzuweichen;
- eine substantielle Unterstützung der Staaten, die besonders von Klimawandel oder Klimamigration betroffen sind.

#### **4. Versprechen zur Entwicklungs- und Klimafinanzierung erfüllen**

Deutschland muss endlich sein jahrzehntealtes Versprechen einlösen und 0,7 Prozent seiner Wirtschaftsleistung für globale Entwicklung verwenden. Dabei ist klar, dass Entwicklungspolitik nur einen begrenzten Beitrag leisten kann, Menschen aus der tiefsten Armut zu befreien. Deshalb müssen endlich alle Politikfelder daraufhin überprüft werden, inwieweit sie global ungerechte Strukturen befördern.

Auch der Umgang mit der Klimakrise ist in erster Linie eine globale Gerechtigkeitsfrage. Während die Industriestaaten für fast 80 Prozent der CO<sub>2</sub>-Anreicherung in der Atmosphäre verantwortlich sind, tragen die ärmsten Länder 80 Prozent der dadurch bereits entstandenen und noch entstehenden Schäden. Die Industriestaaten müssen darum entsprechend dem Prinzip der gemeinsamen aber unterschiedlichen Verantwortlichkeiten einen großen Beitrag zur Klimaanpassung leisten.

Wir fordern

- einen realistischen Aufholplan, um das international vereinbarte Ziel zu erreichen, bis 2020 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens (BNE) für globale Entwicklung bereitzustellen, wobei zukünftig ein deutlich größerer Anteil an die ärmsten Staaten gehen muss;
- der Tendenz, in diesem Zusammenhang nicht explizit entwicklungspolitische Finanzhilfen und Projekte als offizielle Entwicklungshilfe zu deklarieren, entgegenzuwirken;
- einen konkreten Aufwuchspfad zur Finanzierung des globalen Klimaschutzes vorzulegen, der den gerechten deutschen Anteil an den ab 2020 international zugesagten Mitteln in Höhe von jährlich 100 Mrd. Dollar darstellt;
- den Umgang mit bereits eingetretenen oder nicht mehr vermeidbaren klimabedingten Schäden und Verlusten (Loss and Damage) anzugehen und vertraglich festzuschreiben.

#### **5. Aufnahmeländern unterstützen: Humanitär und mit zusätzlichem Geld**

Die Vielzahl der Flüchtlinge kommt nicht nach Deutschland, sondern flieht innerhalb ihrer Länder oder in Nachbarstaaten, in der Hoffnung bald in ihre Heimat zurückkehren zu können. Die Türkei, Pakistan, Libanon und Iran haben zusammen 5,2 Millionen Flüchtlinge aufgenommen. Die Türkei alleine bietet 2,5 Millionen Menschen, Libanon bei einer Einwohnerzahl von 4 Millionen bereits 1,5 Millionen Menschen Zuflucht. Insgesamt haben Entwicklungsländer 85 Prozent, und die am wenigsten entwickelten Länder sogar 25 Prozent der weltweiten Flüchtlinge aufgenommen. Wenn wir sie nicht langfristig unterstützen, drohen sich bestehende Konfliktherde auszuweiten. Die Flüchtlinge würden erneut vertrieben und viele neue Vertriebene kämen dazu. Diese Länder brauchen dringend unsere humanitäre Unterstützung. Es ist unsere humanitäre Pflicht, die Aufrufe der UN zur Unterstützung dieser Länder durch zusätzliches Geld im Rahmen der humanitären Hilfe zu erfüllen.

Der Bedarf an Humanitären Hilfen ist enorm. Global sind die internationalen Hilfen jedoch um 11,24 Milliarden USD und im Falle Syriens um 3,5 Milliarden USD unterfinanziert. Das ist ein

Skandal. Wir begrüßen, dass die G7 und die Golfstaaten die Flüchtlingshilfe um 1,7 Milliarden aufstocken wollen. Ob diese Versprechen dieses Mal jedoch tatsächlich eingehalten werden, steht in den Sternen.

Bestehende Konzepte der Humanitären Hilfe sind auf die große Anzahl und lange Dauer der Flüchtlingskrisen kaum eingestellt. Kurzfristige Projektfinanzierung und Notfallhilfe wird den langfristigen Aufgaben nicht gerecht. Ein System, das auf eine Versorgung in Lagern ausgerichtet ist, muss sich dringend anpassen, um die aufnehmenden Familien und Gemeinden zu unterstützen. Das passiert leider viel zu langsam. Aber auch die etablierte Hilfe stößt immer wieder an Grenzen. Das World Food Programm muss die schon minimalen Nahrungsmittelrationen kürzen, weil ihnen die Finanzierung fehlt. Viel zu oft werden Schulen geschlossen, weil die Hilfsorganisationen die Lehrer nicht mehr bezahlen können. Für eine notwendige psycho-soziale Versorgung der Menschen ist fast nie Geld da. Deswegen ist es dringend notwendig, dass die vielen engagierten Hilfsorganisationen, die sich vor Ort für die Menschen einsetzen, zuverlässig finanziert werden. Vor allem aber fehlt es am Gehör für die aufnehmenden Staaten. Wer helfen will, muss diese Länder nach ihren Bedürfnissen fragen und ihnen Austausch auf gleicher Augenhöhe anbieten – und keine Almosen.

Die Unterstützung von Flüchtlingen in Aufnahme- und Transitstaaten außerhalb der EU ist unsere humanitäre Pflicht. Im Moment wird sie aber als Gegenleistung für weitere Abschottung instrumentalisiert, wie in Verhandlungen der europäischen Staaten mit den afrikanischen Staaten und der Türkei. Die Umdeutung von Entwicklungspolitik zur Flüchtlingsabwehr wie sie auf dem Valetta-Gipfel versucht wurde lehnen wir ab. Eine Zusammenarbeit auf Kosten der Menschenrechte, wie es die angekündigte Kooperation mit Ägypten, Eritrea, Marokko oder Niger andeutet, darf es nicht geben.

Doch auch die Art der Mittelverwendung muss auf den Prüfstand. Derzeit arbeiten das Auswärtige Amt und das Entwicklungsministerium nebeneinander her, immer wieder hakt es beim Übergang von Nothilfe zu langfristiger Entwicklungszusammenarbeit. Doch gerade die derzeit entstehenden „neuen Städten“, wie zum Beispiel das Flüchtlingslager Zaatari in Jordanien mit fast hunderttausend Einwohnern, brauchen bereits von Anfang an eine sehr langfristige Planung und Abstimmung zwischen den Ressorts.

Wir fordern

- Initiativen im Rahmen von UN, G7 und G20 anzustoßen, um faire und menschenwürdige Lösungen für 60 Millionen Flüchtlinge weltweit zu finden. Länder wie Jordanien, Libanon, die Türkei, Kenia oder auch Pakistan, Uganda oder Tschad mit deutlich höheren Flüchtlingszahlen (pro Einwohner) als Europa müssen massiv unterstützt werden;
- das Nebeneinander-Her-Arbeiten von Außenamt und Entwicklungsministerium vor Ort zu beenden und sowohl die Not- als auch die Übergangshilfe und die Entwicklungszusammenarbeit besser zu verzahnen;
- dass diese Mittel keine Abschottung finanzieren dürfen. Deals mit dem Ziel, Flüchtlinge von Europa fernzuhalten, lehnen wir ab;
- eine erhöhte humanitäre Aufnahme von Flüchtlingen aus den direkten Nachbarländern Syriens zur Stabilisierung der Krisenregion.
- eine stabile und ausreichende Finanzierungsgrundlage für die internationalen Hilfsorganisationen.

## **6. Entwicklungs- und Migrationspolitik stärker verschränken und legale Migrationsmöglichkeiten schaffen**



Globalisierung besteht nicht nur aus einem zunehmenden Austausch von Gütern und Dienstleistungen. Sie führt auch zu einer Zunahme von Wanderungsprozessen von Arbeitsmigrantinnen und -migranten sowie ihren Familien. Unser Ziel ist es, diese Entwicklung zum Wohle aller gerecht und nachhaltig zu gestalten. In einer Welt, die immer mehr zusammenrückt, verändern sich globale Wanderungsprozesse. Diese verlaufen heute häufiger als früher temporär und zirkulär zwischen Nord und Süd, aber auch zwischen den Ländern des Globalen Südens. Viele Arbeitsmigrantinnen und -migranten wandern mehrfach und für unterschiedliche Zeiträume zwischen ihren Herkunfts- und Aufnahmeländern hin und her. Viele Menschen wechseln das Land, in dem sie sich bilden, arbeiten und leben mehrfach im Laufe ihres Lebens. Dieser Prozess bietet große Chancen, sowohl für die Herkunfts- als auch für die Aufnahmeländer, aber auch wie für die Migrantinnen und Migranten selbst. Allzu oft werden aber die grenzüberschreitenden Bewegungen von rechtlichen Vorschriften behindert.

Es braucht eine Neuausrichtung der deutschen und europäischen Einwanderungspolitik hin zu einer Arbeitsmigrationspolitik, die den Herausforderungen des demografischen Wandels und der zunehmenden internationalen Mobilität von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern gerecht wird. Dabei müssen die Rechte der Migrantinnen und Migranten sowie entwicklungspolitischen Belange berücksichtigt und zur Geltung gebracht werden. Abwehr ist teurer als eine zielführende Verknüpfung von Migration und Entwicklung. Deutschland kommt als Zielland eine große Verantwortung zu: Elementare Bereiche der Grundversorgung in den Herkunftsländern, insbesondere der Bildungs- und Gesundheitssektor, dürfen durch eine aktive Einwanderungspolitik Deutschlands keinesfalls untergraben werden.

Wir fordern

- Einwanderung und Integration, Partizipation und Schutz vor Diskriminierung zusammenzudenken. Die Neugestaltung der Arbeitsmigration muss unter Beachtung der Menschenrechte von MigrantInnen erfolgen und darf nicht zu einer Beeinträchtigung des Flüchtlingsstatus führen;
- ein Einwanderungsrecht zu schaffen, das den Herausforderungen des demografischen Wandels gerecht wird und die zunehmende internationale Mobilität von ArbeitnehmerInnen, UnternehmerInnen, Studierenden und Auszubildenden sowie ihrer Familie als Chance begreift;
- den Zugang zum europäischen Arbeitsmarkt zu erleichtern, insbesondere für Bürgerinnen und Bürger der Beitrittsbewerberländer. Innerhalb der EU anerkannten Flüchtlingen sollte ohne weiteres Zugang zum gesamteuropäischen Arbeitsmarkt unter denselben Voraussetzungen wie UnionsbürgerInnen gewährt werden;
- die Möglichkeit für Schutzsuchende, Asylverfahren unter Wahrung ihrer Rechte ruhen zu lassen, wenn sie die Voraussetzungen anderer Vorschriften zur Erlangung von Aufenthaltsrechten erfüllen;
- dass sich Deutschland im Rat der Europäischen Union für grundlegende Korrekturen an dem Konzept der sog. EU-Mobilitätspartnerschaften anhand menschenrechtlicher und entwicklungspolitischer Kriterien einsetzt und sich aktiv an der Ausgestaltung und Durchführung dieser reformierten Mobilitätspartnerschaften zu beteiligen.

## **7. Diskriminierung und Ausgrenzung als Fluchtgrund: Nationale Minderheiten besser schützen**

Eine sehr große Zahl an Schutzsuchenden kommt zu uns aus den Ländern des Westbalkan. Die allgemeine Sicherheitslage ist dort weiterhin beunruhigend. Für das Kosovo hat der Bundestag erst im Sommer den KFOR-Einsatz der Bundeswehr verlängert, weil das Land noch immer instabil ist. Das oberste französische Verwaltungsgericht hat noch im Oktober 2014 entschieden, dass

die Bestimmung des Kosovo zum sicheren Herkunftsstaat mit dem Gesetz nicht vereinbar ist. In Mazedonien hat sich die politische Lage seit der Entscheidung, dieses Land zum sicheren Herkunftsstaat zu erklären, deutlich verschlechtert. Für Roma, LGBTTI und JournalistInnen sind die Westbalkanstaaten nicht sicher, da sie weiterhin Benachteiligungen, Bedrohungen und Übergriffen ausgesetzt sind, die schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen gleichkommen können, ohne dass die Staaten willens oder in der Lage sind, ausreichenden Schutz zu gewährleisten. In manchen Fällen gehen solche Übergriffe gar von den staatlichen Behörden selbst aus. In Bezug auf Roma in den Westbalkanstaaten stellt die Europäische Kommission im letzten Bericht zur Umsetzung der EU-Roma-Strategie fest, dass sie sehr häufig Opfer von Rassismus, Diskriminierung und sozialem Ausschluss sind. Sie leben in großer Armut und haben keinen ausreichenden Zugang zu Gesundheitsversorgung, Wohnraum, Arbeitsmarkt und Bildung. Die Diskriminierung von Roma wird auch politisch gewollt. Täter werden nur selten ermittelt. Selbst wenn Strafverfahren eingeleitet werden, werden die Angriffe meist als Bagatelldelikte eingestuft. Nicht jede Diskriminierung mag, für sich genommen, als Verfolgung gemäß Genfer Flüchtlingskonvention gelten. Gemäß der EU-Qualifikationsrichtlinie kann aber auch eine Kumulierung einzelner Diskriminierungshandlungen einen Fluchtgrund darstellen.

Die Roma-Strategie der Europäischen Union wird von vielen Mitgliedstaaten, einschließlich Deutschland, noch immer nicht oder vollkommen unzureichend umgesetzt. Aufgrund unserer Geschichte tragen wir in Deutschland eine besondere Verantwortung für die nationalen Minderheiten der Roma. Wir fordern:

- die mittel- und langfristige EU-Beitrittsperspektive für die Kandidatenländer weiter aufrecht zu erhalten, denn nur so kann über die Beitrittsgespräche glaubhaft auf die Westbalkanstaaten eingewirkt werden, beim Schutz nationaler Minderheiten vor Diskriminierung voranzugehen;
- die EU-Roma-Strategie nicht nur innereuropäisch, sondern auch in ihren außenpolitischen Aspekten gegenüber Beitrittskandidaten konsequent umzusetzen und Fortschritte gerade in den Bereichen Arbeit, Gesundheit, Bildung und Wohnen einzufordern;
- alle bi- und multilateralen Kanäle zu nutzen, um gegenüber den Regierungen der Westbalkanländer auf einen verbesserten Schutz nationaler Minderheiten hinzuwirken;
- arbeitsmigrationspolitische Einwanderungsmöglichkeiten in die EU und nach Deutschland zu eröffnen, deren Abwesenheit doch erst dazu geführt hat, dass viele Menschen aus dem Westbalkan in einem Asylverfahren die einzige, wenn auch wenig aussichtsreiche Handlungsoption sehen;
- den Antiziganismus nicht mehr als Symptom, sondern als grundlegende Ursache vieler Menschenrechtsverletzungen anzuerkennen.

## **8. Fluchtursachen angehen: beharrlich und multilateral**

Die große Koalition ist angetreten, um international mehr Verantwortung zu übernehmen. Denn wir erleben derzeit das Entstehen einer Weltgemeinschaft, wenn Klimakollaps, Ebola, extremistischer Terror und die derzeitige Fluchttragödie in unseren Hauptstädten, und in unseren Dörfern ankommen und damit die Probleme dieser Welt nicht mehr auf Distanz bleiben. Die wichtigste Verantwortung ist diejenige mitzuhelfen, dass Menschen ihre bisherige Heimat nicht verlassen müssen. Hierzu können wir in Deutschland sehr viel beitragen – lokal wie global. Das geht weder sofort, noch wird es einfach werden. Viel mehr braucht es Demut vor der Größe der Aufgabe, den Willen zur Veränderung und vor allem einen sehr langen Atem. Deshalb fordern wir als übergreifendes Ziel, die globale Kooperation zu stärken und vor allem im Rahmen der Vereinten Nationen globale Maßnahmen und globale Regeln für Globale Gerechtigkeit und Klimaschutz zu erwirken.

## Wir fordern

- die Vereinten Nationen ins Zentrum der deutschen Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik zu stellen;
- eine inklusive, multilaterale Handelsordnung, in der die ärmeren Länder ihre Interessen besser vertreten können, die die Menschenrechte achtet, und in der die für Entwicklungs- und Schwellenländer potentiellen negativen Auswirkungen von bilateralen Handelsabkommen und den Wirtschaftspartnerschaftsabkommen mit Entwicklungsländern (EPAs) vermieden werden.

Insgesamt müssen wir unsere bisherige Politik einer kritischen Bestandsaufnahme unterziehen und uns langfristig engagieren. Auch das ist ein Teil unserer Verantwortung.